Frank Simon-Ritz

Politik für Bibliotheken. Zehn Jahre Thüringer Bibliotheksgesetz

Als am 14. Juli 2008 der Landtag in Erfurt das Thüringer Bibliotheksgesetz verabschiedete, strafte er alle Propheten Lügen, die die Verabschiedung eines Bibliotheksgesetzes in einem der deutschen Bundesländer zu einem aussichtslosen Unterfangen erklärt hatten.¹ Vom Jahr 2008 aus in die Zukunft blickend konnte niemand so recht prognostizieren, ob dies ein Einzelfall bleiben oder ob dieser „Thüringer Impuls“ auf andere Bundesländer übergreifen würde. Zehn Jahre nach der Verabschiedung kann man feststellen, dass diese Initialwirkung eingetreten ist: Nach Thüringen haben Sachsen-Anhalt und Hessen (beide 2010), Rheinland-Pfalz (2014) sowie Schleswig-Holstein (2016) (Landes-)Bibliotheksgesetze verabschiedet. In weiteren Bundesländern – insbesondere in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern, aber auch in Sachsen – hat es in den vergangenen Jahren entsprechende politische Initiativen und Diskussionen gegeben. Diese Diskussionen sind mittlerweile so weit verzweigt, dass es schwerfällt, den Überblick zu bewahren. Im Folgenden soll insbesondere anhand der aktuellen Diskussionen in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen gezeigt werden, welche Aspekte und Argumente hier eine besondere Rolle spielen. Am Schluss wird gefragt, was bibliothekarische Verbandsvertreter aus den Diskussionen der letzten zehn Jahre lernen können.

Zur Diskussion in Nordrhein-Westfalen

Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es spätestens seit 2010 eine Diskussion über ein Landesbibliotheksgesetz.² Im November dieses Jahres brachte die zu diesem

1 Das Thüringer Bibliotheksgesetz wurde hier veröffentlicht: <http://landesrecht.thueringen.de/jportal/?quelle=jlink&query=BibLG+TH&psml=bsthueprod.psml&max=true&aiz=true>. Zur Vorgeschichte und Interpretation des Gesetzes vgl. Simon-Ritz, Frank: Der Thüringer Weg zu einem Bibliotheksgesetz. In: Bibliothek – Forschung und Praxis 32 (2008) H. 3. S. 318–325. <https://www.degruyter.com/abstract/j/bfup.2008.32.issue-3/bfup.2008.044/bfup.2008.044.pdf>. Alle aufgeführten Internetressourcen wurden zuletzt am 6. Januar 2018 aufgerufen.

2 Zu den Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen vgl. neuerdings insbesondere Pilzer, Harald: Ein Bibliotheksgesetz für Nordrhein-Westfalen. Bibliothekspolitischer Mythos, bibliothekspolitische Utopie oder realistische Perspektive? In: Bibliotheksdienst 51 (2017) H. 1. S. 65–92. <https://doi.org/10.1515/bd-2017-0007> sowie Pilzer, Harald: Erstmals mehr als eine Option?

Zeitpunkt oppositionelle CDU einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag ein.³ Mit dem politischen Mut, der Oppositionsparteien immer leichter fällt, nahm die CDU in ihren Entwurf auch vergleichsweise weitgehende finanzielle Verpflichtungen des Landes für die öffentlichen Bibliotheken, die sich überwiegend in kommunaler Trägerschaft befinden, auf. Dabei folgte der Entwurf offensichtlich dem Motto „Klotzen, nicht kleckern“. Unter dem Punkt „Kosten“ rechnen die Antragsteller vor, dass das Land Nordrhein-Westfalen zu diesem Zeitpunkt (2010) die öffentlichen Bibliotheken mit einer Summe von 3,2 Millionen Euro förderte. Das Ziel der Antragsteller bestand darin, diese Förderung auf *mindestens* zwölf Millionen Euro zu erhöhen.⁴

In seinen Eingangsparagrafen folgt der Entwurf aus Nordrhein-Westfalen eng den bis dahin verabschiedeten Landesbibliotheksgesetzen, insbesondere dem Thüringer Bibliotheksgesetz. Eine deutliche Abweichung zu den Vorlagen enthält er insofern, als dass er sich stark auf die öffentlichen Bibliotheken konzentriert und sowohl das Thema der Landesbibliothek(en) als auch das Thema der Hochschulbibliotheken nur am Rande erwähnt. Dies wirkt insbesondere vor dem Hintergrund der In-Aussicht-Stellung erheblicher finanzieller Mittel für die öffentlichen Bibliotheken eher befremdlich. Zu dem Gesetzentwurf der CDU fand am 4. Mai 2011 im Kulturausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags eine Anhörung statt.⁵ Am 13. Juli 2011 wurde die weitere Behandlung des CDU-Entwurfs im Landtag vertagt. Im Frühjahr 2012 wurde der Düsseldorfer Landtag vorzeitig aufgelöst und es kam zu Neuwahlen.

In der folgenden Legislaturperiode, die den Zeitraum von 2012 bis 2017 umfasste, konzentrierten sich die Bemühungen der Landespolitik auf die Schaffung eines Kulturfördergesetzes. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde im September 2014 von den Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die

Der mühselige Weg zu einem Bibliotheksgesetz in Nordrhein-Westfalen. In: o-bib 4 (2017) H. 4. S. 1–21. <https://doi.org/10.5282/o-bib/2017H4S1-21>. Der erste Aufsatz geht auch auf die Vorgeschichte der aktuellen landespolitischen Diskussionen ab 1947 ein. Der zweite Beitrag konzentriert sich auf die Entwicklungen der letzten Jahre, insbesondere seit der Verabschiedung des Kulturfördergesetzes im Dezember 2014. Zwischen beiden Beiträgen gibt es einige Überschneidungen, aber – bedauerlicherweise – keine Verknüpfung. Eigenartigerweise wird von Pilzer die „Aussparung“ des Bereichs der wissenschaftlichen bzw. Hochschulbibliotheken in den Bemühungen um ein nordrhein-westfälisches Bibliotheksgesetz nicht thematisiert.

3 Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Landschaftsverbandsordnung, 3. November 2010. <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD15-474.pdf>.

4 Vgl. dazu Pilzer, Ein Bibliotheksgesetz (wie Anm. 2), S. 77.

5 Vgl. dazu Pilzer, Ein Bibliotheksgesetz (wie Anm. 2), S. 79–80 sowie Simon-Ritz, Frank: Auf dem Weg durch die Institutionen. In: BuB – Forum Bibliothek und Information 63 (2011) H. 7–8. S. 506–508. http://www.b-u-b.de/pdfarchiv/Heft-BuB_07_2011.pdf.

Grünen in den Landtag eingebracht und bereits im Dezember 2014 als Landesgesetz verabschiedet.⁶

Nicht zuletzt die Tatsache, dass im Düsseldorfer Landtag seit 2010 über ein Bibliotheksgesetz debattiert wurde, führte möglicherweise dazu, dass in dem ungleich breiter angelegten Kulturfördergesetz zumindest ein „Bibliotheksparagraf“ enthalten ist: § 10 ist mit „Förderung der Bibliotheken“ überschrieben. Hier findet sich aber lediglich die grundsätzliche Aussage, dass das Land die öffentlichen Bibliotheken zumindest in bestimmten Hinsichten fördert und dass es darüber hinaus die Landesfachstelle „unterhält“. Zu den Dimensionen dieses finanziellen Engagements wird in dem Gesetz nichts ausgesagt. Von Bibliotheksvertretern wird es zudem für unbefriedigend gehalten, dass die Regelung der Einzelheiten an eine „Förderrichtlinie“ des für die Bibliotheken zuständigen Ministeriums verwiesen wird.⁷ Bibliotheken kommen in diesem Gesetz ansonsten nur indirekt vor, nämlich da, wo es um den „Erhalt des kulturellen Erbes“ (§ 8) geht. Ausdrücklich genannt werden sie noch einmal in § 19, wo eigene Landeseinrichtungen wie das Landesarchiv NRW und eben auch die drei Landesbibliotheken in Bonn, Düsseldorf und Münster benannt werden. Aber auch hier geht es mehr um eine Nennung als um eine Aufgaben- und Leistungsbeschreibung.

Es ist wenig verwunderlich, dass die im Düsseldorfer Landtag wiederum oppositionelle CDU im März 2016 erneut einen Entwurf für ein Landesbibliotheksgesetz vorlegte, der offenkundige Defizite des Kulturfördergesetzes im Hinblick auf die Bibliotheken ausgleichen sollte. In der Einführung zu dem Gesetzentwurf heißt es:

Im Kulturfördergesetz werden wichtige strukturelle Fragen des Bibliothekswesens die Landesbibliothek und den digitalen Wandel betreffend ausgeklammert. Die Bibliotheken werden dort zu wenig in ihrer Bedeutung als Bildungseinrichtung gewürdigt. Zudem wurde die Bibliotheksförderung des Landes gesetzlich auf Öffentliche Bibliotheken beschränkt.⁸

6 Gesetz zur Förderung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=10000000000000000530.

7 Vgl. dazu Pilzer, Ein Bibliotheksgesetz (wie Anm. 2), S. 82–83 sowie Pilzer, Erstmals mehr (wie Anm. 2), S. 6–9.

8 Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften, 8. März 2016, [S. 1]: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-11436.pdf>. Vgl. dazu die ausführliche Würdigung bei Pilzer, Ein Bibliotheksgesetz (wie Anm. 2), S. 85–90 sowie bei Pilzer, Erstmals mehr (wie Anm. 2), S. 9–14.

Und wenig verwunderlich ist es auch, dass der Landtag am 27. Januar 2017 diesen Gesetzentwurf mit den Stimmen der Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ablehnte.

Seit der Landtagswahl vom 14. Mai 2017 gelten in Nordrhein-Westfalen politisch veränderte Konstellationen. Es ist zu erwarten, dass dies auch Konsequenzen für die „Bibliothekspolitik“ des größten Bundeslandes haben wird. Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung von CDU und FDP wird jedenfalls ausdrücklich als politisches Ziel ausgerufen: „Wir werden das Kulturfördergesetz weiterentwickeln, ein Bibliotheksgesetz initiieren und alle kulturelevanten Gesetze in einem ‚Kulturgesetzbuch‘ zusammenführen, um unnötige Bürokratie abzubauen.“⁹ Für das zu erarbeitende Bibliotheksgesetz liegen mit den beiden CDU-Entwürfen aus den Jahren 2011 und 2016 entsprechende Vorarbeiten vor. Gerade vor dem Hintergrund der Vorgeschichte eines nordrhein-westfälischen Bibliotheksgesetzes, die mindestens bis ins Jahr 2010 zurückreicht und in der es in der Regel die CDU war, die den entsprechenden Diskussionen die entscheidenden Stichworte lieferte, fällt es nicht schwer zu prognostizieren, dass es in der aktuellen Legislaturperiode auch in Nordrhein-Westfalen zur Verabschiedung eines Landesbibliotheksgesetzes kommen wird.¹⁰

Zur Diskussion in Sachsen

In Sachsen ist die bibliothekspolitische Situation dadurch gekennzeichnet, dass es drei gesetzliche Regelungen gibt, die für Bibliotheken relevante Festlegungen treffen. Da ist zum einen das Sächsische Kulturraumgesetz aus dem Jahr 1994.¹¹

⁹ Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017–2022 [Düsseldorf 2017], S. 90. https://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/nrwkoalition_koalitionsvertrag_fuer_nordrhein-westfalen_2017_-_2022.pdf.

¹⁰ Ein bisschen simpel mutet allerdings die Schlussfolgerung von Pilzer, Erstmals mehr (wie Anm. 2), S. 14 an: „Im Prinzip ist es eine Frage des politischen Wollens und des politischen Gestaltungsanspruchs.“ Für Bibliotheksvertreter lautet die spannende Frage, wie man das politische Wollen so anregen kann, dass es sich der in der Außendarstellung eher spröden Materie der Bibliotheksgesetzgebung zuwendet. Insofern müssen die Bibliotheksvertreter zu Akteuren in diesem Prozess werden – und können sich nicht damit bescheiden, ihn zu beobachten und – bestenfalls – zu analysieren.

¹¹ Vgl. dazu die Präsentation „Das Sächsische Kulturraumgesetz als ‚Bibliotheksgesetz‘“ von Joachim Linek auf dem Bibliothekskongress in Leipzig 2007. <https://opus4.kobv.de/opus4-bib-info/files/266/Das+S%C3%A4chsische+Kulturraumgesetz+als+Bibliotheksgesetz.pdf>. Für Linek stand 2007 fest, dass Sachsen kein eigenes Bibliotheksgesetz *neben* dem Kulturraumgesetz erlassen würde.

Eine gewisse Sonderstellung – auch im bundesweiten Vergleich – nimmt das „Gesetz über die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden“ ein, das zuletzt 2013 novelliert wurde.¹² Und schließlich gibt es noch das Sächsische Hochschulfreiheitsgesetz aus dem Jahr 2008, das die für die Hochschulbibliotheken relevanten Regelungen enthält. Das Gesetz über die SLUB Dresden enthält Aussagen sowohl zur Organisationsform als auch zu den Aufgaben der Bibliothek. Bei der Novellierung 2013 kam hier als neuer Aspekt hinzu, dass der SLUB Dresden die „Koordinierung von Bibliotheksprojekten und Unterstützung von Bibliotheken im Freistaat Sachsen“ als Aufgaben zugewiesen wurden.¹³

Auch in Sachsen gibt es daneben spätestens seit dem Jahr 2007 eine Diskussion über ein Landesbibliotheksgesetz. 2011 wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein entsprechender Gesetzentwurf in den Landtag in Dresden eingebracht.¹⁴ Dieser Gesetzentwurf, der mit wesentlichen Formulierungen an die zu diesem Zeitpunkt bereits verabschiedeten Bibliotheksgesetze in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Hessen anknüpft, ist ebenfalls stark auf die öffentlichen Bibliotheken fokussiert. Andere Bibliothekstypen kommen nur am Rande vor.¹⁵ Dass es in diesem Entwurf nicht darum geht, Regelungen für alle Formen von Bibliotheken zu finden, wird besonders daran deutlich, dass gar nicht erst der Versuch unternommen wird, die bestehenden gesetzlichen Regelungen in das neue Gesetz zu integrieren, sondern dass ergänzend auf ebendiese Regelungen verwiesen wird.

12 https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift_gesamt/13857/16002.pdf. Vgl. dazu Soilihi Mzé, Hassan: Ein Bibliotheksgesetz für Sachsen? Kritische Bestandsaufnahme zum parlamentarischen Interesse. In: Bibliotheksdienst 51 (2017) H. 1. S. 93–103, bes. S. 101. Das ursprüngliche Gesetz über die SLUB stammt aus dem Jahr 1995. Vgl. dazu Syré, Ludger: Haben die Regionalbibliotheken eine Zukunft? Zeitgemäße Betrachtungen zu einem scheinbar unzeitgemäßen Bibliothekstyp. In: Bibliothek leben. Das deutsche Bibliothekswesen als Aufgabe für Wissenschaft und Politik. Festschrift für Engelbert Plassmann zum 70. Geburtstag. Hrsg. von Gerhard Hacker u. Torsten Seela. Wiesbaden: Harrassowitz 2005. S. 184–205, zur SLUB Dresden bes. S. 185–186 („Das Dresdener Modell“).

13 Wobei vor allem der Aspekt der Koordinierung – insbesondere mit Verweis auf den „Leistungsverbund“ der Hochschulbibliotheken – neu hinzukam. Die „Unterstützung der regionalen Arbeit der Bibliotheken und Informationseinrichtungen im Freistaat Sachsen“ gehörte bereits 1995 zu den Aufgaben der SLUB.

14 Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Gesetz zur Förderung der Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtungen im Freistaat Sachsen, 15. Juni 2011. http://www.bibliothekverband.de/fileadmin/user_upload/Landesverbaende/Sachsen/GE_SaechsBiboG_15062011.pdf. Eigenartigerweise wird dieser Gesetzentwurf bei Soilihi Mzé, Ein Bibliotheksgesetz (wie Anm. 12) nicht einmal erwähnt.

15 4. Abschnitt: Weitere Bibliothekstypen.

Dieser Gesetzentwurf zeichnete sich dadurch aus, dass er verbindliche finanzielle Zusagen vonseiten des Landes enthielt. Der Entwurf sah vor, dass der Freistaat Sachsen bei öffentlichen Bibliotheken einen Zuschuss von 20 % des jährlichen Erwerbungssetats sowie von 20 % der jährlichen Personalkosten leisten würde. Die Antragsteller hatten ausgerechnet, dass dadurch zusätzliche Kosten in Höhe von bis zu sechs Millionen Euro jährlich auf den Freistaat zukommen könnten. Zu diesem Gesetzentwurf fand im Sächsischen Landtag am 5. Dezember 2011 eine Anhörung statt.¹⁶ In zweiter Lesung ist der Entwurf am 3. April 2012 an den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU und FDP gescheitert.¹⁷

Einen eher pragmatischen Ansatz verfolgte ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, der 2013 unter der Überschrift „Gesamtverantwortung des Freistaates für das sächsische Bibliothekswesen“ in den Dresdner Landtag eingebracht wurde. Beachtenswert ist hier, dass sowohl öffentliche als auch wissenschaftliche Bibliotheken als Bildungseinrichtungen betrachtet werden. Auch dieser Antrag fand jedoch in der Plenarsitzung am 13. März 2013 – am gleichen Abend wurde die Leipziger Buchmesse 2013 eröffnet – keine Mehrheit.¹⁸

Nach der Landtagswahl am 31. August 2014 wurde in Dresden wieder eine Große Koalition installiert. Obwohl die SPD jetzt erneut in der Regierungsverantwortung steht, scheint sie nicht in besonderem Maß auf die Einbringung und Verabschiedung eines Bibliotheksgesetzes zu drängen. Jedenfalls wurde die Initiierung eines Bibliotheksgesetzes im Koalitionsvertrag für die aktuelle Legislaturperiode nicht verankert.

An der Spitze des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (SMWK) steht mit Eva-Maria Stange (SPD) in dieser Legislaturperiode aber eine Kulturpolitikerin, die sich in der Vergangenheit klar für ein Bibliotheksgesetz ausgesprochen hat. In ihrem Redebeitrag am 3. April 2012 spitzte Stange die Diskussion über den von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Gesetzentwurf auf die Frage zu, ob Sachsen neben dem Kulturraumgesetz auch

¹⁶ Vgl. dazu Bonte, Achim: Wie Bibliothekskultur fördern? Expertenanhörung im Sächsischen Landtag zum Entwurf eines Sächsischen Bibliotheksgesetzes. In: BIS – Das Magazin der Bibliotheken in Sachsen (2012) H. 1. S. 18–19. http://www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/8508/BIS_1.2012-Bonte.pdf.

¹⁷ Vgl. dazu Soilihi Mzé, Hassan: Zwischen Novellierung und Neuregelung. Aktuelle Parlamentsinitiativen zum Bibliotheksrecht in Sachsen. In: Bibliotheksdienst 47 (2013) H. 6. S. 440–449. <https://www.degruyter.com/downloadpdf/j/bd-2013-47-issue-6/bd-2013-0042/bd-2013-0042.pdf>.

¹⁸ Zur Debatte über diesen Gesetzentwurf vgl. Soilihi Mzé, Ein Bibliotheksgesetz (wie Anm. 12), S. 100–101.

ein Bibliotheksgesetz brauche. Die Antwort von Stange war eindeutig: „Ja, wir brauchen es.“¹⁹ Vor diesem Hintergrund kann man die Hoffnung einzelner Beobachter nachvollziehen, dass es in der aktuellen Legislaturperiode doch noch zur Initiierung eines Bibliotheksgesetzes für den Freistaat Sachsen kommt.²⁰

Aktuelle Diskussionen in Thüringen

In Thüringen ist es nach der Verabschiedung des Bibliotheksgesetzes im Jahr 2008 relativ still um dieses Thema geworden – und auch für 2018 kündigt sich kein Staatsakt zur Feier des Jubiläums an. Einen kleinen Aufreger hatte es nach der Landtagswahl des Jahres 2010 gegeben, als aus der zuvor oppositionellen SPD wieder eine der Regierungsfractionen wurde. Dies nahm die Fraktion der Linken zum Anlass, den Entwurf, den man 2008 gemeinsam mit der SPD in den Landtag eingebracht hatte, nun erneut einzubringen, um so die SPD politisch unter Druck zu setzen. In erster Lesung verweigerten die Mehrheitsfraktionen von CDU und SPD allerdings sogar die Überweisung an die Ausschüsse.²¹ Damit war die Novellierung des Thüringer Bibliotheksgesetzes gescheitert.

Mit der Landtagswahl des Jahres 2015 haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Thüringer Landtag erneut verändert. In Erfurt wurde bekanntlich die erste rot-rot-grüne Koalition in einem deutschen Bundesland installiert. Von einer Novellierung des Bibliotheksgesetzes ist seither jedoch nicht die Rede – obwohl in dieser Legislaturperiode die Befürworter eines geänderten und verbesserten Bibliotheksgesetzes eigentlich in der Mehrheit wären. Stattdessen hat man sich auch in Thüringen dem Ziel eines „Kulturfördergesetzes“ verschrieben. In dem 2014 verabschiedeten Koalitionsvertrag heißt es dazu lapidar: „Die Koalition wird die Kulturförderung durch ein Gesetz zur Förderung und Entwicklung der

19 Sächsischer Landtag: Plenarprotokoll 5/53, 3. April 2012, S. 5297. http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=53&dok_art=PIPr&leg_per=5&pos_dok=&dok_id=201597.

20 Vgl. Soilihi Mzé, Ein Bibliotheksgesetz (wie Anm. 12), S. 103. Der Schlusssatz dieses Aufsatzes mutet allerdings ein wenig naiv an: „Man muss nur wollen – und anschließend auch umsetzen.“

21 Vgl. dazu Simon-Ritz, Frank: Den Letzten beißen die Hunde: Zum hessischen Bibliotheksgesetz – und zur gescheiterten Novellierung in Thüringen. In: BuB – Forum Bibliothek und Information 63 (2011) H. 1. S. 11. http://www.b-u-b.de/pdfarchiv/Heft-BuB_01_2011.pdf. Bereits in diesem Kontext kündigte die SPD an, dass sie sich in Thüringen für ein „Kulturfördergesetz“ stark machen wolle.

Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung im Freistaat auf eine verlässliche und verbindliche Grundlage stellen.“²²

Für Diskussionen bis in den politischen Raum hinein sorgt in Thüringen seither eher die Entwicklung bei den Hochschulbibliotheken. In einem mehrstufigen Prozess, der seinen Ausgangspunkt in einer „Strukturanalyse“ der Thüringer Hochschulbibliotheken durch den Landesrechnungshof hatte, wurde am Ende des Jahres 2016 der „Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken“ aus der Taufe gehoben.²³

Im Kontext dieser Debatten macht es sich jetzt als Defizit bemerkbar, dass der Gesetzgeber bislang weder im Hochschulgesetz noch im Bibliotheksgesetz eine klare Definition der Aufgaben und Zuständigkeiten der Landesbibliothek getroffen hat. Im Thüringer Bibliotheksgesetz wird festgehalten, dass die Hochschulbibliothek der Friedrich-Schiller-Universität Jena zugleich die Landesbibliothek des Freistaats Thüringen ist. Sie wird als „Zentrum für Angelegenheiten des wissenschaftlichen Bibliothekswesens“ definiert und ihr werden in diesem Kontext „planerische und koordinierende Aufgaben“ zugewiesen, die allerdings nicht näher definiert werden.²⁴ In der Begründung des 2008 vom Landtag verabschiedeten Gesetzentwurfs hatte es geheißen: „Um künftige Entwicklungen nicht durch verbindliche Aufgabenbeschreibungen zu behindern, wurde auf eine detaillierte gesetzliche Regelung verzichtet.“²⁵

Blickt man auf die Thüringer Debatten und Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre zurück, gewinnt man eher den Eindruck, dass das Fehlen der ver-

22 Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch. Koalitionsvertrag zwischen den Parteien Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtages [Erfurt 2014] S. 52. https://www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/r2g-koalitionsvertrag-final.pdf.

23 Zur Vorgeschichte vgl. Simon-Ritz, Frank: Zentralisierung vs. Kooperation: Thüringer Diskussionen über die Entwicklung der Hochschulbibliotheken. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 63 (2016) H. 3. S. 149–155. <http://dx.doi.org/10.3196/186429501663364>. Zum „Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken“ vgl. Simon-Ritz, Frank: Experiment mit Perspektive. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 64 (2017) H. 1. S. 26–30. <http://dx.doi.org/10.3196/186429501664156>.

24 Thüringer Bibliotheksgesetz (wie Anm. 1), § 2, Abs. 1. Bis zur Verabschiedung des ThürBibG hatte es im Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) einen Passus gegeben (§ 38, Abs. 3), der diese Definition enthielt: „Wissenschaftliche Landesbibliothek ist die Hochschulbibliothek der Friedrich-Schiller-Universität Jena.“ In der nächsten Novellierung des ThürHG wurde dieser Absatz ersatzlos gestrichen.

25 Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Thüringer Gesetz zum Erlass und zur Änderung bibliotheksrechtlicher Vorschriften – Thüringer Bibliotheksrechtsgesetz (ThürBibRG), 2. April 2008, S. 8. <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/32117/th%C3%BCringer-gesetz-zum-erlass-und-zur-%C3%A4nderung-bibliotheksrechtlicher-vorschriften-th%C3%BCringer-bibliotheksrechtsgesetz-th%C3%BCrbibrg-.pdf>.

bindlichen Aufgabenbeschreibungen maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die Diskussionen über die Landesbibliothek in Thüringen nicht zur Ruhe gekommen sind.²⁶ Wenn mittlerweile Transparenz darüber hergestellt wurde, dass der Freistaat Thüringen die Aufgabenerfüllung der Landesbibliothek mit fünf Millionen Euro pro Jahr unterstützt,²⁷ ist nur schwer nachvollziehbar, dass die gleiche Transparenz nicht auch dafür gelten soll, wofür diese Mittel im Einzelnen verwendet werden.

Resümee

Zu „Nutzen und Nachteil“ von Bibliotheksgesetzen hat es in den vergangenen Jahren intensive Debatten gegeben. Auch wenn es mitunter schwerfällt, den konkreten Nutzen gesetzlicher Regelungen detailliert nachzuweisen, so sind sich Betrachter und Akteure doch einig, dass insbesondere die politischen Debatten, die die Verabschiedung eines Bibliotheksgesetzes begleiten, zur gesteigerten Wahrnehmung der Bibliotheken und ihrer Leistungen in einem Bundesland beitragen.

Die Beobachtung der politischen Initiativen in verschiedenen Bundesländern zeigt, dass es aus der Opposition heraus offensichtlich leichter ist, entsprechende Gesetzentwürfe mit zum Teil weitreichenden finanziellen Konsequenzen in die (nicht nur) parlamentarische Diskussion einzubringen. Für Bibliotheksvertreter kommt es hier mitunter darauf an, einen „langen Atem“ zu bewahren und abzuwarten, bis aus Oppositionspolitikern Regierungspolitiker werden. Diese gilt es dann beim Wort zu nehmen.

26 In der Vereinbarung zum „Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken“ werden die Belange der Landesbibliothek zwar erwähnt, allerdings wird ausdrücklich betont, dass diese *nicht* zu den Aufgaben des ins Leben gerufenen Kooperationsverbundes gehören. Die Vereinbarung wurde auf den Internetseiten der Thüringer Landesrektorenkonferenz veröffentlicht: https://www.lrk-thueringen.de/fileadmin/Downloads/Hochschuluebergreifende_Kooperationen/Kooperationsverbund_Thueringer_Hochschulbibliotheken.pdf.

27 Die „Ziel- und Leistungsvereinbarung zur landesbibliothekarischen Funktion der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (ThULB) für die Jahre 2017 bis 2019“ wurde zwischen dem für die Hochschulen zuständigen Landesministerium (TMWWDG) und der Friedrich-Schiller-Universität Jena abgeschlossen und vom TMWWDG als Antwort auf eine Kleine Anfrage aus dem Landtag veröffentlicht: <http://parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/63654/aufgabenstellung-leitungs-und-kostenstruktur-der-th%c3%bcringer-universit%c3%a4ts-und-landesbibliothek.pdf>. Dort werden die finanziellen Aufwendungen in den entsprechenden Jahren benannt.

Gerade die Parallelen zwischen den Diskussionen in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen zeigen, welchen Aspekten in der politischen Diskussion über Bibliotheken eine zentrale Bedeutung zukommt. Nach Überzeugung des Verfassers bleibt es ein zentrales Anliegen der Bibliotheksgesetzgebung, dass ein integraler Ansatz verfolgt wird, der sowohl öffentliche als auch Hochschulbibliotheken umfasst. Gerade die bibliothekarischen Verbandsvertreter können dann besonders überzeugend agieren, wenn sie für alle Erscheinungsformen von Bibliotheken sprechen. Insbesondere der Bildungsaspekt von Bibliotheken eignet sich sehr gut, um Gemeinsamkeiten zwischen öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken aufzuzeigen. Genau in diesem Sinne heißt es im Thüringer Bibliotheksgesetz aus dem Jahr 2008: „Bibliotheken sind Bildungseinrichtungen“.²⁸ Diese Formulierung findet sich fast gleichlautend in allen anderen Landesbibliotheksgesetzen wieder.

Selbstverständlich bleibt es ein zentrales Anliegen von Bibliotheksgesetzen auf Länderebene, auch ein finanzielles Engagement des jeweiligen Bundeslandes für die öffentlichen Bibliotheken, die sich in der Regel in der Trägerschaft der Kommunen befinden, festzuschreiben. Und schließlich hat ein Bibliotheksgesetz – solange es keine eigenen gesetzlichen Regelungen für diesen Bibliothekstypus gibt – die Funktion, die Frage der Landesbibliothek in einer jeweils angemessenen Weise zu regeln.

²⁸ Thüringer Bibliotheksgesetz (wie Anm. 1), § 3.